

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Markus Löning, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **IuK-Technologie als Innovationstreiber – Chancen nutzen, Märkte öffnen, Verwaltung modernisieren**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind Treiber für Innovationen, die unser Land dringend braucht, um marktfähige Produkte zu entwickeln und sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Der deutsche Markt für Informationstechnik, Telekommunikation und digitale Unterhaltungselektronik hat sich 2007 gut entwickelt. Der Branchenverband BITKOM ermittelte ein Wachstum von 2 Prozent für das laufende Jahr. Für das Jahr 2008 wird mit einem Zuwachs von 1,6 Prozent auf insgesamt 145 Mrd. Euro Umsatz gerechnet. Wachstumstreiber sind Software, IT-Services, umweltfreundliche Geräte und Breitbanddienste. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg 2007 um 3 000 auf 816 000 Personen, allein Softwarehäuser und IT-Dienstleister schufen 2007 17 000 zusätzliche Stellen. Allerdings gelingt es nicht, den Anteil der Frauen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu steigern. Seit 1999 (20,8 Prozent) geht der Anteil kontinuierlich zurück auf 19,4 Prozent im Jahr 2007. Angesichts der vielfältigen Bemühungen von Staat und Wirtschaft, den Anteil der Frauen zu steigern, muss dieses Ergebnis ein Überdenken der bisherigen Strategie zur Folge haben. Hier muss die Bundesregierung neue Konzepte entwickeln.

Die Hightechstrategie der Bundesregierung nennt die IuK-Technologie (IuK: Information und Kommunikation) als eines von 17 Zukunftsfeldern. Dabei analysiert sie die Stärken aber auch die Schwächen des deutschen Marktes zutreffend. Eine ausgebaute Forschungslandschaft, der weltweit drittgrößte Markt für IuK-Technologie, ein – trotz noch immer einiger Mängel in der flächendeckenden Breitbandversorgung – leistungsfähiges Funk- und Festnetz und eine ausdif-

ferenzierte, innovative Landschaft aus größeren und kleineren Unternehmen sind die Stärken des deutschen Marktes.

Dem stehen aber auch Schwächen gegenüber. Global spielen deutsche Unternehmen bei der Setzung von Standards bei Software, Unterhaltungselektronik, Chip- und Displayproduktion eine Nebenrolle. Die USA und asiatische Staaten dominieren die Weltmärkte. Der Anteil der IuK-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag 2006 unter dem westeuropäischen Durchschnitt. Das Projektmanagement und die Rahmenbedingungen für große IT-Projekte sind optimierungsbedürftig und die Investitionen in die IKT-Infrastruktur zu gering. Der Mangel an Fachkräften wird immer stärker zu einer Innovationsbremse. Laut BITKOM fehlen in Deutschland rund 43 000 IT-Spezialisten. Jedes vierte IuK-Unternehmen musste 2007 Aufträge ablehnen, weil es die notwendigen Mitarbeiter nicht finden konnte. Dies muss ein Alarmsignal für die Politik sein. Fachkräftemangel wird zum Standortnachteil.

Dabei ist der Fachkräftemangel nicht nur auf hochqualifizierte Hochschulabsolventen beschränkt. Im Anwenderbereich fehlen bei zahlreichen Firmen vor allem IT-Administratoren, die nicht zwingend einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss benötigen.

Fast 40 Prozent der IT-Unternehmen würden mehr ausländische Spezialisten einstellen, wenn der Verwaltungsaufwand nicht so hoch wäre. Ein modernes und unbürokratisches Zuwanderungsrecht, wie von der Fraktion der FDP im März 2008 in ihrem Antrag auf Bundestagsdrucksache 16/8492 vorgeschlagen, ist dringend notwendig.

Bund, Länder und Kommunen geben jährlich rund 17 Mrd. Euro für Informationstechnologien aus. Die Ergebnisse sind allerdings in vielen Gebieten unzureichend. Eine sichere, länderübergreifende IT-Netzinfrastruktur ist ebenso wenig gewährleistet wie das Zusammenpassen, die sog. Interoperabilität, der unterschiedlichen IT-Systeme der Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen.

Der 2. ePerformance Report 2007 macht deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger Onlinedienste und Handyzusatzfunktionen in immer stärkerem Maße nutzen. Allerdings waren 2007 nur 35,4 Prozent der Deutschen im Alter von über 50 Jahren online, während es bei den Deutschen zwischen 14 und 29 Jahren 88,1 Prozent waren. Die Einbeziehung älterer Menschen in die Internetnutzung muss angesichts der demografischen Entwicklung deutlicher gefördert werden.

Es ist richtig, dass die Bundesregierung ihre Maßnahmen in Programmen wie „iD2010 – Informationsgesellschaft Deutschland 2010“ und im Forschungsprogramm „IKT 2020 – Forschung für Innovationen“ bündelt sowie regelmäßige IT-Gipfel der Bundesregierung stattfinden. Allerdings muss der Staat auch seinen Anteil an einer gemeinsamen Strategie erbringen. Gerade in wichtigen Bereichen wie dem E-Government hinkt der Staat auf allen Ebenen aufgrund jahrelang verschlafener Investitionen und einem Durcheinander an Zuständigkeiten hinterher.

Programme wie „E-Government 2.0“ können die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben. Die 57 Maßnahmen können jedoch nur punktuelle Akzente setzen. Dringend notwendig sind eine flächendeckende Verbesserung der Kommunikationsinfrastruktur in den Kommunen und die Verbesserung des Datenaustausches im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Sonderanfertigungen für Softwareprogramme für einzelne Anwendungen in Behörden sind meist wenig effizient, nicht interoperabel und teuer.

Bisher nutzt nur jedes zweite Unternehmen E-Government-Dienste (vgl. 2. ePerformance Report 2007). Das bedeutet zwar eine Verbesserung, reicht aber nicht aus.

Auch im Energiebereich wird es zukünftig immer mehr darauf ankommen, komplexe und komplizierte Prozesse mit IuK-Anwendungen zu steuern und zu überwachen. Dabei spielen sowohl die Schaffung eines E-Energy-Marktplatzes für den elektronischen Geschäfts- und Rechtsverkehr als auch die digitale Vernetzung und Computerisierung der technischen Systeme und der darauf beruhenden Prozessführungs- und Wartungsaufgaben eine Rolle. Mit intelligenter Mess- und Regeltechnologie lassen sich sowohl in der Industrie wie im privaten Haushalt erhebliche Einsparpotenziale bei der Energieversorgung realisieren.

Der „Leuchtturm“ elektronische Gesundheitskarte (eGK), den die Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan in ihrer Hightechstrategie gelobt hat, zeigt erhebliche Schwächen. Die Umsetzung ist bereits um Jahre verzögert, die Kosten sind erheblich gestiegen und die Vorteile der eGK werden kaum ausgespielt. Die Vorzüge gegenüber den bisherigen Kartensystemen sind gering, Ärzteverbände lehnen das Modell ab, da der bürokratische Aufwand in der Praxis erheblich ist.

Schnellschüsse wie das gescheiterte Projekt „Quaero“ haben gezeigt, dass IuK-Technologie gegen die existierenden Produkte am Markt nicht zu machen ist. Anstatt auf teure Prestigeobjekte zu setzen, muss der Staat die Marktentwicklungen frühzeitig erkennen und gemeinsam mit der Wirtschaft marktgerechte Anwendungen entwickeln.

Dass die Förderprogramme noch nicht zielgenau wirken, zeigt sich daran, dass die Mittel für IuK-Titel im Bundeshaushalt nicht vollständig abgerufen werden. Das betrifft beispielsweise das Programm „Vernetzte Welt – Kommunikation für die Gesellschaft“, bei dem rund 10 Prozent zum 31. Dezember 2007 nicht abgeflossen waren oder das Sicherheitsforschungsprogramm, dessen Mittel Mitte 2008 noch nicht einmal zur Hälfte abgeflossen sind.

Deutschland liegt bei Breitbandanschlüssen für das Internet nach einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nur auf Platz 18 unter 30 untersuchten Ländern. Ende 2006 gab es nur 17,1 schnelle Internetzugänge über DSL, Fernsehkabel und andere Zugangstechniken pro 100 Einwohner. In Dänemark und den Niederlanden gab es nahezu doppelt so viele Zugänge. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2008 einen Versorgungsgrad von 98 Prozent der Bevölkerung mit schnellen Internetdiensten zu erzielen, ist noch nicht erreicht. Noch immer haben rund fünf Millionen Bundesbürger nach Aussagen des Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Landkreistages keinen schnellen Internetzugang (vgl. Deutscher Städte- und Gemeindebund: Breitbandanbindung und Kommunen, 2. Auflage Mai 2008).

Diese Versorgungslücken können durch eine wettbewerbsorientierte Politik geschlossen werden. Zusätzliche staatliche Subventionen sind nicht erforderlich. Allerdings sollte darauf geachtet werden, dass bei den bestehenden Förderprogrammen keine technologiespezifischen Einschränkungen gemacht werden. Es ist nicht Sache des Staates, zu entscheiden, ob die Bürger mittels Glasfaserkabel, Satellit, Mobilfunk oder Stromkabel mit breitbandigen Internetdiensten versorgt werden.

Die Organisation der IT-Zuständigkeiten und des Beschaffungswesens des Bundes in der Informationstechnologie ist unzureichend. Erforderlich sind ein professionelles Management von Großprojekten, eine effektive Umsetzungsorganisation und eine klare Regelung der Verantwortlichkeiten. Das Konzept vom Bundesminister des Innern Dr. Wolfgang Schäuble und vom Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück geht zu langsam voran, die Bündelung der ressortübergreifenden Bedarfs- und Nachfrageermittlung und -umsetzung soll nur schrittweise erfolgen und belässt die entscheidenden Verantwortungsebenen in den Ressorts.

Die Einrichtung eines Rates der IT-Beauftragten und einer zusätzlichen IT-Steuerungsgruppe ist zwar grundsätzlich richtig, die konkrete Ausgestaltung lässt aber eher eine bürokratische Zwischenebene ohne Entscheidungsgewalt erwarten. Den Vorsitz der IT-Steuerungsgruppe durch den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern auszuüben, lässt keine unabhängigen Vorschläge erwarten.

Der Zeitplan der Bundesregierung, der einen Bericht über die Zusammensetzung, Aufgaben und Verfahren der IT-Steuerungsgruppe erst zum 31. März 2009 vorsah, ist mutlos und unambitioniert. Bereits im Dezember 2007 lag ein Konzeptentwurf vor. Die Bundesregierung lässt das Thema bewusst auf Eis liegen, da die Angst vor dem Eingriff in die Ressortzuständigkeiten zu groß ist.

Besonderen Stellenwert in den Programmen der Bundesregierung muss die Setzung von günstigen Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben. Mit der Förderinitiative „KMU-innovativ: IKT“ soll eine Innovationsbeteiligung von KMU verbessert werden. Dieses Programm, bei dem die Bewilligung von Fördermitteln beschleunigt und vereinfacht wurde, scheint bei der Zielgruppe gut anzukommen. Dieses Beispiel sollte auch auf andere Fördermaßnahmen übertragen werden.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- das Konzept für die Bündelung der IT-Organisation des Bundes zu überarbeiten und die Rolle des Bundes-CIO, eines Chief Information Officers, als zentralem Verantwortlichen der Bundesregierung gegenüber den Ressorts zu stärken. Ein umsetzungsfähiges Konzept soll spätestens im Dezember 2008 vorgelegt werden, wobei Eckpunkte bereits in die laufenden Haushaltsberatungen einzubringen sind;
- im Rahmen der Diskussionen in der Föderalismuskommission II die Auswahl, Entwicklung und Beschaffung von IT-Systemen so zu gestalten, dass zwar jede Ebene (Bund, Länder, Kreise, Kommunen) eigenständig entscheidet, aber eine Kompatibilität und Interoperabilität der einzelnen Systeme in Bund, Ländern und Kommunen deutlich verbessert wird. Ein schneller Datenaustausch zwischen den Ebenen ist dabei zu gewährleisten;
- Breitbandlücken durch wettbewerbsorientierte Maßnahmen zu schließen und den bestehenden Breitbandatlas dahingehend fortzuentwickeln, dass über jede Gemeinde oder Gebietskörperschaft ein Datenblatt erstellt wird, das für alle im Ausbauprozess engagierten Partner aussagekräftig ist. Dazu zählen u. a. der Versorgungsstatus, ortsbezogene Wirtschaftsdaten, topographische Merkmale und die Anschlussentfernung bis zum nächsten Breitbandversorgungspunkt. Für den Ausbau sind keine technologiespezifischen Vorgaben zu machen, über welchen Weg schnelle Internetdienste empfangen werden sollen;
- Förderprogramme, deren Mittelabfluss über einen längeren Zeitraum nicht vollständig gewährleistet ist, zu überprüfen und ggf. einzustellen, um mit den eingesparten Mitteln solche Programme aufzustocken, die die Zusammenarbeit mit KMU zum Gegenstand haben. Eine Dopplung der Förderung in den einzelnen Bundesministerien ist zwingend zu vermeiden;
- Förderprogramme zu bündeln und zu vereinfachen. Die zahlreichen Klein- und Kleinstmaßnahmen, Modellversuche und Einzelinitiativen in Programmen wie „IKT 2020“ sind zielgerichtet zusammenzuführen;
- teure, langwierige und oft nicht mit anderen Verwaltungseinheiten kompatible Eigenentwicklungen im Softwarebereich zu unterlassen, sondern Systeme auf dem Markt einzukaufen, die dann auch den Austausch von Daten zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten ermöglichen;

- das Projekt „Elektronische Gesundheitskarte“ zu überarbeiten und die Potenziale, die die moderne Datenverarbeitung bietet, stärker auszunutzen. In der bisherigen Form wird das Projekt trotz hoher Kosten keine nennenswerten Vorteile für Ärzte, Krankenkassen und Patienten erbringen;
- das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „smart grids“, also intelligente Netzwerksteuerungen, sowohl in IuK-Netzen als auch in Energieübertragungsnetzen voranzutreiben und rechtzeitig Industriestandards zu setzen. Die Energienetze der Zukunft werden gleichzeitig Kommunikationsnetze sein und sich zudem auch auf bereits vorhandene Kommunikationsinfrastrukturen stützen. Derartige Systeme erfordern einerseits die intelligente Erzeugung, die die Verbindung von Energieversorgungs- sowie Informations- und Kommunikationstechnologie erfordert, andererseits ein intelligentes Energienetz energiebewusster Verbraucher, die selbst über ihren Energieverbrauch entscheiden;
- den Fachkräftemangel als wichtiges Politikfeld gemeinsam mit den Ländern anzupacken und Wachstumshemmnisse abzubauen. Initiativen, die darauf abzielen, das Interesse für Mathematik und Naturwissenschaften zu fördern, sollen ausgebaut werden. Dazu gehören die thematischen Jahre wie das „Jahr der Mathematik“;
- endlich ein modernes Zuwanderungsrecht nach dem Punktesystem zu schaffen, wie es die Fraktion der FDP in ihrem Antrag auf Bundestagsdrucksache 16/8492 fordert.

Berlin, den 24. September 2008

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**





